mitarbeiten 02/2015 Informationen der Stiftung Mitarbeit

 $www.buergergesellschaft.de\cdot www.mitarbeit.de\cdot www.netzwerk-buergerbeteiligung.de$

Gespräch mit Henning Banthien (IFOK GmbH)



»Unternehmen müssen auf Beteiligung vorbereitet sein«

Unternehmen denken um und begreifen das Thema Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung eigener Projekte nicht mehr als Kür, sondern als Pflicht. Doch wie können sich Unternehmen auf Beteiligungsverfahren vorbereiten? Welche internen Vernetzungen und strategischen Ressourcen müssen in Unternehmen geschaffen werden? Henning Banthien, geschäftsführender Gesellschafter der IFOK GmbH, erläutert im Gespräch mit der Redaktion, wie sich das Selbstverständnis von Unternehmen durch Bürgerbeteiligung wandelt.

Is Kommunikationsagentur berät IFOK neben Stadtverwaltungen und Politik auch Wirtschaftsunternehmen zu Beteiligungsprozessen. Wie läuft die Zusammenarbeit mit Unternehmen üblicherweise ab?

Henning Banthien: Ganz zu
Beginn steht natürlich die Frage:
um was geht es? Geht es um eine
rein interne Strategiebildung zum
Thema, geht es um eine Produktentwicklung oder um eine Projektentwicklung? Nehmen wir an, es muss
ein Einkaufszentrum in der Stadt
gebaut werden, dann wäre die erste
Frage: wie ist der Stand der Planung

und worüber will das Unternehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern oder anderen Stakeholdern und Interessengruppen reden? Eignet sich das Vorhaben für partizipative Verfahren, will das Unternehmen das überhaupt?

Welche Erfahrungen machen Sie, wenn Unternehmen ganz neu mit Beteiligung in Kontakt kommen?

Bürgerbeteiligung ist für Unternehmen ein neues Terrain, mit dem viele Sorgen und Befürchtungen verbunden sind. Welche Rolle Bürgerbeteiligung spielt, hat deshalb viel mit dem Selbstverständnis des Unternehmens zu tun. Manche Unternehmen erken-

nen zwar die Bedeutung des Themas, sind aber froh, wenn der Beteiligungsprozess außerhalb des eigenen Hauses stattfindet. Die lagern den Prozess komplett an uns aus, schauen sich die Ergebnisse an und überlegen dann, wie sie damit umgehen. Andere Unternehmen stellen sich heute eher die Frage: Sind wir intern und strategisch auf Bürgerbeteiligungsprozesse vorbereitet, können wir das? Das reicht ja weit in die interne Organisationsentwicklung hinein.

Wie sieht dieser Organisationsentwicklungsprozess aus?

Ein Unternehmen muss auf Bürgerbeteiligung vorbereitet sein und sich einbringen können. Ein Beispiel: wenn Ergebnisse vorliegen, wie reagiert das Unternehmen darauf, wer befasst sich im Unternehmen damit, wer ist dafür zuständig? Und ist derjenige, der zuständig ist, auch derjenige, der intern die inhaltliche Abstimmung beispielsweise mit den Fachabteilungen leisten kann? Und wer gibt im Unternehmen die verbindliche Rückmeldung an die Bürgerschaft? An diesen Fragen erkennt man, welche offenen Fragen intern gelöst sein müssen, bevor ein Unternehmen in den Beteiligungsprozess einsteigen kann. Die zuständigen Mitarbeiter/innen brauchen ein Mandat, sie brauchen Kompetenz, und die Unternehmen müssen interne Personal- und Wissensressourcen bereitstellen. Grundsätzlich ist Bürgerbeteiligung etwas anderes als Pressearbeit oder Lobbyarbeit; Bürgerbeteiligung ist ein eigenes Handwerk, das muss ich können.

Gibt es bei Unternehmen ein Umdenken in diese Richtung?

Eindeutig ja. Ein wesentlicher Punkt ist, dass die Unternehmen erkannt haben, Bürgerbeteiligung ist nicht die Kür, sondern die Pflicht. Wenn ich eine Brücke baue, muss ich die Statik beachten, sonst ist die Brücke schlecht geplant. Und (Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

»Unternehmen ...

so muss ich eben auch die Bürger/
innen bei einem Vorhaben beachten,
sonst ist das schlecht geplant. Und
interessanterweise sagen das gerade
die Controller in den Unternehmen,
weil die wissen, wenn ein Projekt
nicht mit den Bürgern und der Politik
abgestimmt ist, können wir nicht
verlässlich planen. Dann wird die
Inbetriebnahme schwierig, das kostet
Geld. Deshalb glaube ich, dass Bürgerbeteiligung in Zukunft für immer
mehr Unternehmen zur selbstverständlichen Routine wird.

Es gibt vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) Richtlinien, die in diese Richtung gehen. Wie schätzen Sie diese ein?

Die 7001er-Richtlinie ist ein praxisorientierter Leitfaden für Planer, Ingenieure, Vorhabensträger, Behörden. Sie setzt einen Rahmen und informiert über Standards guter Beteiligung. Die 7000er-Richtlinie stellt vor allem die Frage: Was muss ein Unternehmen oder eine Organisation intern tun, wie muss sie sich vorbereiten, bevor sie in solche Verfahren rein geht? Ich glaube, beide zusammen genommen sind wirklich ein sehr, sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung, weil sie allen Beteiligten Orientierungsmarken bieten, die ihnen in der Praxis der Bürgerbeteiligung helfen können.

Ein Blick in die Zukunft: Wie wird die Entwicklung bei den Unternehmen aus Ihrer Sicht weitergehen?

Zwei Dinge sind für Unternehmen wichtig: Zum einen gehört Bürgerbeteiligung zunehmend zum selbstverständlichen und professionellen Risiko- und Chancenmanagement eines Unternehmens. Viel wichtiger ist aber, dass Unternehmen zunehmend verstehen, dass sie nur durch Bürgerbeteiligung zu guter Planung kommen, zu guten Produkten, zu guten Strategien. Kluge Innovation bindet Nutzer/innen, Bürger/innen oder andere Stakeholder in die Entwicklung ein. Ich glaube, das wird das Selbstverständnis von Unternehmen sehr stark prägen, wenn sie in Zukunft erfolgreich am Markt unterwegs sein wollen.

Das vollständige Gespräch im Netz unter www.mitarbeit.de/video-interviews.html **Neue Publikation**

Zwischen Erwerbsarbeit und Engagement

Gefährdet Bezahlung das »Reinheitsgebot des Ehrenamtes«? Oder gehört die Bezahlung von Freiwilligen selbstverständlich zum Repertoire bürgerschaftlichen Engagements dazu? Tatsache ist: Immer häufiger werden in der Praxis Tätigkeiten entlohnt, die als ehrenamtliches und freiwilliges Engagement bezeichnet werden. Eine neue Publikation der Stiftung Mitarbeit skizziert nun die Konfliktlinien in der Debatte um das Geld im bürgerschaftlichen Engagement.

tundensätze zwischen 7,- und
12,- Euro für ein freiwilliges Engagement, pauschale
Aufwandsentschädigungen, die deutlich über den entstandenen
Kosten liegen und Tätigkeiten, bei denen ein Minijob mit der Übungsleiterpauschale »aufgestockt« wird: dieses Szenario ist keine Seltenheit in der bundesdeutschen Engagementlandschaft. Ein Blick

in den Freiwilligen-Survey zeigt zudem: Im Jahr 1999 erhielten 18% aller Engagierten eine Vergütung für ihre Tätigkeit, 2009 waren es bereits 23%, also fast ein Viertel – bei über 20 Millionen Engagierten sind das etwa fünf Millionen Menschen. Insbesondere in den Bereichen Pflege, Gesundheit,

Sport oder Kultur

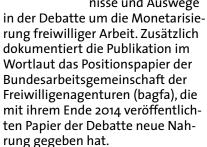
wird die Bezahlung von Freiwilligen zunehmend genutzt.

Vor diesem Hintergrund werden die Diskussionen um das Geld im bürgerschaftlichen Engagement in Wissenschaft und (Fach-)Öffentlichkeit zunehmend kontrovers geführt. Für die Einen ist die Bezahlung im Ehrenamt ein Element der Anerkennungskultur und unerlässliche Voraussetzung, um Engagement sicherzustellen. Für die Anderen verletzt die sog. »Monetarisierung« die Grundlagen und das Selbstverständnis bürgerschaftlichen Engagements.

Doch was ist mit Monetarisierung überhaupt gemeint? Welche Rolle spielen geldwerte Formen der Anerkennung in der Praxis bürgerschaftlichen Engagements? Wo verlaufen die Grenzen und Grauzonen zwischen Erwerbsarbeit und Engagement? Welche Folgen hat die Einführung des Mindestlohns? Und was hat das alles mit unserem Verständnis von Bürgergesellschaft und Demokratie zu tun?

Die vorliegende Publikation skiz-

ziert die Konfliktlinien in der Debatte um das Geld im bürgerschaftlichen Engagement und zeichnet mit Hilfe namhafter Autorinnen und Autoren deren aktuellen Stand nach. In vier praxisnahen Beiträgen diskutieren Prof. Dr. Gisela Jakob, Prof. Dr. Thomas Beyer, Prof. Dr. Thomas Klie sowie Dr. Serge Embacher die Befunde, Erkenntnisse und Auswege



Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Zwischen Erwerbsarbeit und Engagement – Die Debatte um das Geld im bürgerschaftlichen Engagement. mitarbeiten.skript Nr. 08, Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2015, 34 S., 5, – Euro, ISBN 978-3-941143-22-7, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de



Wie die Starthilfe der Stiftung Mitarbeit Umweltprojekte unterstützt

Städte im Wandel

Im Rahmen der weltweiten Transition-Town-Bewegung versuchen engagierte Umwelt- und Nachhaltigkeitsinitiativen in Städten, Gemeinden und Regionen die Energiewende und den Übergang in eine postfossile Wirtschaft zu organisieren. Auch in Deutschland haben sich bereits vielerorts solche Initiativen gegründet. Einige davon haben eine Starthilfeförderung der Stiftung Mitarbeit erhalten, etwa in Trier, Freiburg, Leipzig und Dresden.

ir die Anhänger der wachstumskritischen TT-Bewegung ist die Sache klar: für den Einstieg in ein erdölfreies Zeitalter und für die Planung, Gestaltung und Erhaltung zukunftsfähiger Lebensräume sind alternatives Wirtschaften, ein möglichst geringer Rohstoff- und Energieverbrauch und ein ressourcenschonender Konsum Auswege aus der ökologischen Dauerkrise.

In der neu entstandenen TT-Bewegung bündeln sich zahlreiche bestehende Initiativen und bekannte Ideen aus dem Umweltbereich.
Ob Verkehr, Energie, Mobilität und Soziales: die Bürgerbewegung ist

anschlussfähig in viele Richtungen und Handlungsfelder. Übereinstimmendes Merkmal aller Initiativen ist die Ansicht, dass der beabsichtigte (Kultur-)Wandel gemeinschaftlich und von unten organisiert gestaltet werden muss.

Vor diesem Hintergrund vernetzt beispielsweise die geförderte Initiative »Dresden im Wandel« Vereine, Initiativen und Gruppen in Dresden, die sich thematisch mit Regionalisierung, Gemeinschaftsbildung und Energiewende befassen. Dresdner Bürger/innen werden ermutigt, ihr Lebensumfeld, ihren Stadtteil mit zu gestalten.

Auch die Aktivist/innen der Initiative »Trier im Wandel« warten nicht auf die Politik, sondern werden selbst aktiv. Sie wollen durch ihre Arbeit vor Ort direkte, lokale und alltagstaugliche Veränderungen bewirken. Ein Pflanzentauschmarkt informiert über urbanes Gärtnern, im Gemeinschaftsgarten werden Kinder und Jugendliche spielerisch an das Thema herangeführt.

Beide Förderprojekte zeigen beispielhaft auf, wie Zusammenschlüsse von freiwillig engagierten Menschen das Leben in unserer Gesellschaft mit bestimmen und mit gestalten können. Dies ist zugleich ein Kernanliegen der Starthilfeförderung der Stiftung Mitarbeit: sie will Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich an Gemeinschaftsaufgaben aktiv zu beteiligen und demokratische Mitverantwortung zu übernehmen.

Nächste Antragsfrist für Starthilfeanträge ist der 18. Mai 2015. Alle Informationen zu den Förderrichtlinien der Stiftung Mitarbeit im Netz unter www.mitarbeit.de/foerderrichtlinien.html

Engagement und Partizipation von benachteiligten Menschen

Mittendrin statt nur dabei

Das bürgerschaftliche Engagement für ausgegrenzte, diskriminierte und behinderte Menschen gehört zum zivilgesellschaftlichen Alltag, ihr eigenes Engagement steht dagegen weniger im Fokus. Dies zu ändern war das Ziel des in Schleswig-Holstein ansässigen Pilotprojekts »mittenmang«. Der plattdeutsche Name des Vereins ist dabei Programm: Beeinträchtigte, behinderte und ausgegrenzte Menschen sollen mittenmang, also mittendrin in der Gesellschaft sein.

m die Inklusion in Deutschland ist es noch nicht zum Besten bestellt. Wird der

Begriff landläufig gebraucht, um die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten, um sie dadurch beispielsweise besser in Schule und Arbeitsmarkt zu integrieren, gehen die beiden Autorinnen der Publikation einen

Schritt weiter: sie wollen das selbstbestimmte Leben behinderter Menschen durch die Förderung von deren Engagement und politischer Teilhabe erreichen.

> Inspiriert von den Erfahrungen ihres Projekts mittenmang möchten sie Menschen beim Sprung vom »bedürftigen Objekt« sozialer Hilfen zum freiwillig engagierten Subjekt unterstützen. Die Autorinnen orientieren sich dabei an dem sozialen Modell von Behinderung der UN-Be-

hindertenrechtskonvention. »Beeinträchtigt sind Menschen durch

körperliche, geistige oder psychische Schädigungen, behindert aber werden sie durch gesellschaftliche Barrieren, fehlende Unterstützung und negative Stereotype.« Engagement, Partizipation, Selbstorganisation und Empowerment dieser Menschen stehen im Mittelpunkt der Publikation.

Grundlegend für diese Idee des bürgerschaftlichen Engagements ist die Vorstellung einer Bürgergesellschaft, in der es auf alle ankommt. Menschen mit Behinderung und ausgegrenzte Personen sollen mittenmang, also mittendrin in der Gesellschaft sein. Dass das möglich ist, hat mittenmang gezeigt: Beeinträchtigte und behinderte Menschen wollen und können sich für andere und für das Gemeinwesen engagieren.

Nicole D. Schmidt, Petra Knust: mittenmang dabei! Bürgerschaftliches Engagement als Chance. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 45, Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2013, 173 S., 10,— Euro, ISBN 978-3-941143-16-6, zu beziehen über den Buchhandel oder unter www.mitarbeit.de



Mit Worten die Wirklichkeit verändern

Die Stiftung Mitarbeit trauert um ihr langjähriges Gremienmitglied Dr. Richard von Weizsäcker. Seit 1973 war der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin und Bundes-

präsident a. D. Mitglied im Kuratorium der Stiftung.

Richard von
Weizsäcker war ein
Meister der Rede
und des Wortes.
Denn er konnte
Worte wählen, die
die politische Atmosphäre verändert
haben. Dr. Diemut
Schnetz, langjährige
Stiftungsratsvorsitzende und Mitglied
des Kuratoriums,
erinnert sich: »Diese

Wirkung seiner Worte habe ich oft erlebt in den vielen Jahren der Zusammenarbeit im Rahmen der Stiftung Mitarbeit. Wenn Richard von Weizsäcker Mitte der 1970er Jahre zu einem Podiumsgespräch mit Bürgerinitiativen einlud und ihr Engagement als »Modell demokratischer Selbsthilfe« würdigte, dann war das Echo auf diese Veranstal-

> tungen der Stiftung Mitarbeit groß. Wenn er - dann als Bundespräsident im damals aufgeheizten Klima großer Massendemonstrationen in Sachen Nachrüstung, Frieden und Umweltschutz – die ›gelebte Demokratie würdigte und die machtversessenen Parteien kritisierte, dann veränderte sich spürbar die öffentliche Einschätzung, Richard

von Weizsäcker konnte mit Worten die Wirklichkeit verändern«. Die Stiftung Mitarbeit wird Richard von Weizsäcker vermissen. Die dankbare Verbundenheit wird bleiben.



Netzwerk Bürgerbeteiligung

Netzwerktreffen

Zum diesjährigen Netzwerktreffen des Netzwerks Bürgerbeteiligung (12. Juni 2015 in Köln) sind alle Netzwerker/innen und Interessierte eingeladen. Auf dem Treffen werden wichtige Initiativen und Themen des Netzwerks diskutiert und weiterentwickelt. Diskutiert werden unter anderem folgende Themen:

- Netzwerkthema »Verbindung von partizipativer, direkter und repräsentativer Demokratie«
- Information und Diskussion zum aktuellen Stand der Netzwerkstruktur und zur Organisation der Netzwerkarbeit
- Diskussion der »Demokratiepolitischen Agenda 2016« und der »Empfehlungen für eine verlässliche und wirksame kommunale Beteiligungspolitik«
- Diskussion von weiteren Impulsen aus der Vorbereitungsgruppe
- Arbeit in den Thementeams und Regionalgruppen
- Neue Initiativen von Netzwerker/

Nähere Informationen unter www.netzwerk-buergerbeteiligung. de oder bei Claudia Leinauer (leinauer@mitarbeit.de) und Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Beteiligung in gesellschaftlichen Konfliktfeldern

Mit Hilfe von Bürgerbeteiligungsprozessen sollen breit akzeptierte Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen erarbeitet werden. Handlungsleitend ist dabei die Suche nach einem Konsens oder Kompromiss. Doch der Weg dahin ist voraussetzungsvoll. Schnell können sich spannungsreiche Situationen verschärfen, wenn unvereinbare Interessen aufeinanderstoßen oder Missverständnisse und Machtungleichgewichte den Dialog belasten.

Das »Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie« (11.–13. September 2015 in Loccum) diskutiert die Chancen, Hindernisse und Widersprüche, die sich

mit der Beteiligung der Bürger/ innen an gesellschaftlichen Konfliktthemen verbinden. Fragen sind beispielsweise: Welche Rolle spielen Bürgerinitiativen und Protest in der kommunalen Bürgerbeteiligung? Mit welchen Konflikten sind Kommunen bei der Energiewende konfrontiert? Wie gelingt es einer Kommune, im Krisenfall mit den Akteur/innen in einem konstruktiven Dialog zu bleiben? Wie blicken Wirtschaftsakteure auf Bürgerbeteiligung? Wie gelingt es, das emanzipatorische Potenzial des Engagements für die Beteiligung zu heben?

Nähere Informationen unter www.mitarbeit.de/forum2015.html

Impressum

mitarbeiten Informationen der Stiftung Mitarbeit Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion: Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit Ellerstr. 67 53119 Bonn Telefon (02 28) 6 04 24–0 Telefax (02 28) 6 04 24–22 E–Mail info@mitarbeit.de www.mitarbeit.de www.buergergesellschaft.de www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Dr. Rudi Piwko (Vorsitzender)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg (BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung Mitarbeit wird vom Bundesinnenministerium gefördert.

Vorstandsarbeit mit Gewinn und Freude

Wer sich als ehrenamtlicher Vorstand in einem Verein engagiert, trägt Verantwortung. Und so manches Vorstandsmitglied rutscht unvorbereitet in diese Rolle hinein oder wird gar gedrängt, ein Amt zu übernehmen. Was sind überhaupt die zentralen Aufgaben von Vereinsvorständen? Und wie können diese so gestaltet werden, dass sie gelin-

gen, nicht überfordern und sogar Spaß machen können? In dem Seminar (3.–4. Juli 2015 in Magdeburg) zielen Inputs und Erfahrungsaustausch darauf, die eigene Vorstandsarbeit zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

4 mitarbeiten 02/2015